



Kleiner Turm, grosse Debatte

SVP-Delegierte befürworten die Minarett-Initiative praktisch einstimmig

RUEDI STUDER, Bern

Am 29. November wird das Stimmvolk über die Minarett-Initiative entscheiden. Sie besteht aus einem einzigen Satz, mit dem die Bundesverfassung ergänzt werden soll: «Der Bau von Minaretten ist verboten.»

Sechs Meter hoch, mit goldenen Verzierungen und einer blauen Spitze thront es auf einem grauen Gebäude im Industriequartier von Wangen: das symbolische Minarett des türkischen Kulturvereins Olten. Es wirkt exotisch, irgendwie niedlich – und etwas verloren. Und doch ist es Auslöser der Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten».

Eigentlich hätte es eine Provinzposse bleiben können, als der Verein 2005 das Baugesuch einreichte und die lokalen Minarett-Gegner 400 Unterschriften gegen den Turm sammelten. Doch fast zeitgleich wurden auch Minarett-Pläne in anderen Gemeinden – etwa in Langenthal (BE) oder Wil (SG) – bekannt, sodass die Thematik in der ganzen Schweiz bekannt wurde. Die Minarett-Gegner knüpften national Kontakt und trafen sich im September 2006 am Autobahnkreuz Egerkingen, wo sie das vor allem aus SVP- und EDU-Exponenten bestehende «Egerkinger Komitee» gründeten. Von Anfang an dabei waren die SVP-Nationalräte Walter Wobmann (SO) und Ulrich Schlüer (ZH).

EIN SATZ. Dass aus baurechtlicher Sicht den Minaretten nicht beizukommen sein würde, schwante den Gegnern schon damals. Rasch war der Beschluss gefasst, auf direktdemokratischem Weg dagegen vorzugehen: Im Mai 2007 startete das Komitee mit der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative und reichte im Juli 2008 113540 Unterschriften ein. Die Forderung beschränkt sich auf einen einzigen Satz, der Artikel 72 der Bundesverfassung zu Kirche und Staat beigelegt werden soll: «Der Bau von Minaretten ist verboten.»

Seither sind die Fronten klar: Auf der

Befürworterseite kämpfen Rechtsparteien wie die SVP, EDU und die Schweizer Demokraten für die Initiative. Am vergangenen Samstag beschlossen die SVP-Delegierten mit 288 zu 3 Stimmen die Ja-Parole. Die restlichen Parteien von der Mitte bis zur Linken sowie Landeskirchen, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften stellen sich gegen das Volksbegehren.

Die Befürworter erklären das Minarett zu einem «religiös-politischen Machtsymbol des Islams» und als «Ausdruck der Tatsache, dass Muslime sich nicht mehr mit der Ausübung ihrer Religion zufriedengeben, sondern vermehrt Ansprüche an die Gesellschaft stellen». Sie sehen in einem Minarett-Verbot ein Mittel, um Islamisierungstendenzen und der Entwicklung einer islamischen Parallelgesellschaft entgegenzuwirken. Die Religionsfreiheit werde durch ein Minarett-Verbot nicht tangiert, sagen Befürworter der Initiative wie der St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann: «Das Minarett hat – ebenso wenig wie etwa das Gebot zur Ganzkörperverhüllung mit der Burka oder die muslimische Zwangshe – nichts mit der Religionsausübung zu tun.» Und: «Tausende Moscheen weltweit tragen kein Minarett – ohne dass die Ausübung des islamischen Glaubens damit behindert würde.»

RECHTSGLEICHHEIT. «Man schlägt den Sack und meint den Esel», sagt die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin, eine Gegnerin der Initiative. Das Nein-Lager ist sich einig, dass ein Minarett-Verbot die Zielsetzung der Initianten, fundamentalistisch-islamistische Strömungen zu bekämpfen, völlig verfehlt. Vielmehr befürchten sie, dass gar das Gegenteil provoziert werde und hier lebende Muslime durch ein Minarett-Verbot verunsichert und radikalisiert werden könnten. Sie warnen davor, dass eine Annahme der Initiative nicht nur zu einem Imageschaden für die Schweiz führen könnte, sondern – analog zum «Kari-

aturenstreit» von 2006 in Dänemark – gar zu einem Aufruhr in der islamischen Welt und einem Boykott von Schweizer Produkten und Unternehmen.

Als Hauptargumente führen die Gegner der Initiative die Religions- und Gewissensfreiheit, die Rechtsgleichheit und das Diskriminierungsverbot ins Feld. «Die Initiative verletzt wichtige vertraglich garantierte Menschenrechte und steht im Widerspruch zu zentralen Grundwerten unserer Bundesverfassung», schreibt der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein. Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf hielt in der Nationalratsdebatte zur Minarett-Initiative fest: «Das Vorhaben trägt nichts bei zur Verbesserung der religiösen Sicherheit, der öffentlichen Sicherheit. Es gefährdet den religiösen Frieden und isoliert damit die Schweiz international.»

Bislang vier Minarette

ISLAM IN DER SCHWEIZ. In der Schweiz leben 400 000 Musliminnen und Muslime, rund zehn Prozent davon sind Schweizer Bürger. Es gibt hierzulande gut 160 muslimische Kulturzentren und Gebetsstätten. Nur vier Moscheen verfügen über ein Minarett: Das älteste steht in Zürich, ist 18 Meter hoch und wurde 1963 eingeweiht – Probleme gab es deswegen nie. Weitere stehen in Genf und Winterthur. Das umstrittene Minarett in Wangen wurde diesen Januar erstellt. Ein fünftes Minarett dürfte bald in Langenthal (BE) realisiert werden: Im Juli wurde die Baubewilligung erteilt, eine Einsprache ist aber beim Kanton noch hängig. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf kommentierte die tiefe Anzahl von Minaretten in der Nationalratsdebatte wie folgt: «Der Minarettbau in der Schweiz ist bis heute nicht ein wirklich grosses Problem.» rus